

Landzeitung.

werden die Schallenteile oder beim Raum mit 30 Pfg. ...

Erscheint wöchentlich fünfmal; Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich.

Redaktion und Druck-Verwaltung: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Verlagsbuchhandlung: Markt 24.

Dreizehnter Jahrgang.

Nr. 404.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 30. August

1906.

Chinas Erwachen.

Sobald trifft die Meldung ein, daß die chinesische Kommission und die leitenden Staatsmänner, die sich mit der Frage einer Verfassung für das „Himmliche Reich“ beschäftigen...

In den letzten zwei Jahren hat China, wie der in Peking lebende Missionar Josef Franklin Grigg im „Century Magazine“ ausführt, mehr wirkliche Fortschritte gemacht, als in dem ganzen Jahrzehnt vorher.

Die neuen Straßen werden von Polizisten in Uniform bewacht, und ein kleines Heer von Arbeitern hält sie in bester Ordnung.

Wieder beruhte der Unterrichtsstoff im wesentlichen auf den Lehren des Konfuzius und der Konfuzianer, und der Gehirne des chinesischen Studenten war ausschließlich darauf gerichtet, Beamter zu werden, da diese Stellung ihm den Weg zur finanziellen Bereicherung eröffnete.

Die Abhaltung der Eisenbahn- und Bergwerksemissionen zeigt, daß China seine nationale Selbstständigkeit anstrebt. Die Regierung scheint sogar nicht vor der beruflichen Aufgabe zurückzuschrecken, der tausendjährigen Olympiada den Kopf abzuschlagen.

Eine wichtige Reform ist ferner die Revision des Strafgesetzbuchs, in dem alle Strafen gemildert worden sind. Besonders ist das Verbot der lebenslangen Feinde abgeschafft worden; die Verurteilten werden in dieser Art im letzten Frühling auf einem öffentlichen Platz vor den Augen der Menge hingerichtet.

Die „Kdy. Bg.“ stellt sich, daß der Brief Bobbielists an den Reichskanzler vom 18. August tatsächlich das Ergehen des Landwirtschaftsministeriums enthalten habe, dem Kaiser kein Entlassungsgesuch zu unterbreiten. Das Blatt schreibt: Erst am 24. August übte sich die „Deutsche Anzeigung“ genaugen, zunächst zu bezweifeln, daß die Erklärung Bobbielists, der Kaiser habe ihn nicht aufgefunden, ein Entlassungsgesuch einzuschicken, und

Peking zehn Tageszeitungen, darunter eine der wenigen täglich erscheinenden Frauenzeitungen, die fast ganz von Frauen bearbeitet wird und neben Fragen der Kinderpflege und Erziehung auch populärwissenschaftliche Themen behandelt. In allen Klassen der Bevölkerung werden Zeitungen gelesen, deren Verbreitung noch ständig zunimmt. Gelehrte Reformen lassen einzelne Nummern auf Mauern oder besonders aufgeteilte Tafeln kleben, damit auch die Leute sie lesen, die sie nicht kaufen können.

Deutsches Reich.

Sol- und Personalnachrichten.

— Ihre Majestät die Kaiserin hat am Dienstag den 28. August die Sol- und Personalnachrichten im Reichsanzeiger veröffentlicht. Die Kaiserin hat am 28. August die Sol- und Personalnachrichten im Reichsanzeiger veröffentlicht.

— Die zur Erneuerung an die goldene Hochzeit des Großherzogs und der Großherzogin von Baden auf der Kaiserlichen Majestät geachteten 115 Ehrenmedaillen sind am 28. August in Berlin an die Kaiserin überreicht worden.

— Der Reichsanzeiger hat am 28. August die Sol- und Personalnachrichten im Reichsanzeiger veröffentlicht.

— Die Führer in den Kaisermandätern. Wenngleich für die diesjährigen Kaisermandätern an den Tagen, wo der Kaiser einen Feldzug führt, der Generalleutnant Graf Sauer für den Prinzen Albert von Preußen, General von Braumühl, der als Grundbediensteter den Mandätern fern bleibt, als oberster Oberbefehlshaber bestimmt ist, so glaubt man in Kreisen, die sich mit dem Kaiser in Zusammenhang bringen, wie im vergangenen, so auch in diesem Jahre nicht leicht für den Prinzen Albert die Führung den dazu bestimmten Generalen v. Lindemann und v. Borsich für die ganze Mandätern-Dauer überlassen wird.

— Zum Stapellauf der „Münberg“. Auf das aus Anlaß der Taufe und des Stapellaufs des Kreuzers „Münberg“ von den Vertretern der Stadt Münberg an den Kaiser ergebende Subsidienantrag ist folgende Antwort eingegangen:

Den Vertretern der Stadt Münberg las ich meinen aufrichtigen Dank für den mir überbrachten Gruß. Mit großer Freude habe ich den Kreuzer, der heute glücklich vom Stapel lief, den Namen der altverehrten Reichsstadt Münberg erhalten, und meine Wonne wird wohl darauf sein, ein Schiff in ihrer Mitte zu haben, das diesen Namen führt, der in so enger Verbindung mit meinem Lande steht. Ungezweifelt ist mir der herzlichste Segel mit seiner ergebenden Stimmung in den vergangenen Jahren in Münberg gewesen. Wilhelm, L. B.

Anlaßlich des Stapellaufs des Kreuzers „Münberg“ haben die bei der Taufe anwesenden Vertreter der Stadt Münberg folgendes Telegramm an den Prinzregenten von Bayern gerichtet:

Der Prinzregent antwortete mit folgender Depesche: Mit aufrichtigem Genugtuung habe ich anlässlich der Taufe und des Stapellaufs des Kreuzers „Münberg“, die in treuer, anhänglicher Stimmung mit darzugehöriger Subsidien entgegen genommen. Welchen wärmsten Dank hierfür begleitet der Ausdruck herzlicher Freundschaft über die der Stadt Münberg durch die Namensgebung erwandene Ehre. Wäde dem schönen Schiffe eine glückliche und ruhmvolle Zukunft beschicken.

Die „Kdy. Bg.“ stellt sich, daß der Brief Bobbielists an den Reichskanzler vom 18. August tatsächlich das Ergehen des Landwirtschaftsministeriums enthalten habe, dem Kaiser kein Entlassungsgesuch zu unterbreiten. Das Blatt schreibt: Erst am 24. August übte sich die „Deutsche Anzeigung“ genaugen, zunächst zu bezweifeln, daß die Erklärung Bobbielists, der Kaiser habe ihn nicht aufgefunden, ein Entlassungsgesuch einzuschicken, und

er habe ein solches Entlassungsgesuch nicht eingereicht, formell den Entlassungsgesuch nicht eingereicht, formell den Entlassungsgesuch nicht eingereicht, formell den Entlassungsgesuch nicht eingereicht.

— Vermutlich liegt eine Verwechslung mit dem Schreiben des Reichskanzlers an den Landwirtschaftsminister vor, in dem dieser letztere wieder zur Rückkehr nach der Einreichung eines Entlassungsgesuchs aufgefordert, sondern lediglich erwidert wurde, dem Kaiser kein Entlassungsgesuch zu unterbreiten, auf Grund dessen die Sol- und Personalnachrichten im Reichsanzeiger veröffentlicht wurden.

— Die „Zeugenschaft“ der Abgeordneten. In der neuesten Nummer der „Deutschen Justizzeitung“ prüft der bekannte Staatsrechtslehrer Prof. Laband die Frage der Zeugenschaft der Abgeordneten. Laband ist der Ansicht, daß die Abgeordneten zwar gemäß Art. 30 der Reichsverfassung die Reichsgesetze zu beschließen, aber nicht verpflichtet sind, die Reichsgesetze zu beschließen.

— Zur Änderung der Reichsnot. hat das kaiserlich-hofgerichtliche Staatsministerium unter dem 23. August an den Stadtrat in Götha und den Magistrat in Koburg folgende Verfügung betr. die Einfuhr von Schlachtvieh aus Ostpreußen-Litauen erlassen:

1. Das Schlachtvieh muß von der Grenze direkt und ohne Umwegung in plombierten Wagen bis zum Bestimmungsort mit der Eisenbahn überführt und dort auf einer für anberaumten Vieh nicht zu benutzenden Stelle ausgeladen werden.

2. Bei der Ausladung aus dem Eisenbahnwagen ist das einschließliche Schlachtvieh tierärztlich zu untersuchen.

3. Die Tiere müssen von der Ausladeestelle nach dem Schlachthaus in geländerten Wagen, aus denen die Abgabe der Tiere nicht herausstellen oder herausstellen können, geladen werden.

4. Die Tiere müssen bis zum Schlachten von anderen Vieh getrennt gehalten werden. In diesen Leben der Schlachthaus nicht verlassen. Jede unmittelbare Verbindung mit

anderem Vieh ist zu verhindern. Nach ist dafür Sorge zu tragen, daß eine mittelbare Verbindung möglichst nicht stattfindet. In diesem Punkte hat die Fütterung und Wartung des ausländischen Viehes durch ein jedes Personal zu erfolgen. Der Dünge ist getrennt zu lagern.

5. Das Vieh ist sobald, spätestens innerhalb einer Frist von vier Tagen nach seiner Ankunft abzuscheiden.

6. Die bei der Ankunft begleitenden Viehpässe haben die Gesundheitsverordnungen in Empfang zu nehmen und ein Jahr lang aufzubewahren.

7. Sofern eine ansteckende Krankheit über deren Verdacht an den einreisenden Schlachtlern im Bestimmungsort wahrgenommen wird, ist der Totbestand unter Zugabe des zuständigen Kreisarztes protokollierend festzustellen. Für die Totbestandnahme ist das in der Anlage entrichtliche Formular maßgebend und mußlich zu benutzen. Den Totbestandnahmen sind die Viehpässe anzuhaften. Abgeschliffene Totbestandnahmen und der Viehpässe sind zur Mitteilung an den Reichsanwalt (Reichsamt des Innern) einzusenden. Im Antrage ges. - S. 42.

Die Konfiskationsentscheidung im Fall Cesar
hat, wie aus Dortmund berichtet wird, den evangelischen Hilfsgeistlichen Barrer Cavemann in Dortmund veranlaßt, sein Amt niederzulegen, da er der Meinung ist, unter den bestehenden Verhältnissen sei es ihm nicht möglich, weiter seinen Amt als vollziehender Geistlicher zu versehen. Für die Oberleitung in Sachen Cesar der Entscheidung des westfälischen Konfiskationskommissars sollte, wollen der „Fr. B.“ zufolge noch andere liberale Geistliche Westfalens den gleichen Schritt wie Cavemann tun.

Nachdem für den beanstandeten Barrer Cesar die „Freunde evangelischer Freiheit“ in öffentlicher Erklärung ausdrücklich eingetreten sind und die Trans-Donn und „C. G. Gemeindeblatt für Rheinland und Westfalen“ den Beweis dafür erbracht hat, daß die Weidob-Gemeinde in Dortmund in der Erklärung ihren praktischen Aufgaben unterliegt, ist die Gemeinde zurückgetreten, ist nunmehr eine starke Gegenwirkung seitens der hiesigen evangelischen Konferenz in Minden-Maderberg erfolgt. Dem Konfiskationsamt in Münster wird warmer Dank für sein Vorgehen ausgesprochen und dem Oberkirchenrat das Vertrauen bezeugt, er werde sich rationalistisch auf die Seite des Konfiskationsamtes stellen. Den Schloßmeyer der Provinz wird die Vorkantung gemacht, man könne es nicht verstehen, daß sich die Weidob-Gemeinde in Dortmund nicht unendlich bemüht habe, sich überhaupt noch um ein geistliches Amt zu bewerben. Dies letztere ist ein sehr gewagter Eingriff in die Geistesfreiheit, der teilweise Verstoß hat und nur zur Verwirrung führen muß. Dammert hat, was die Angelegenheit an andere kirchliche Gruppen in der Sache das Wort ergreifen werden.

Der sozialdemokratische Geschäftsbericht an den Parteitag.

Der sozialdemokratische Parteitag veröffentlicht den für den Mannheimer Parteitag bestimmten Geschäftsbericht, der noch um einige Grade trockener und geschäftsmäßiger gehalten ist als in den Vorjahren. Man hat sich mehr auf statistisches Material beschränkt und weniger in Sentiments und Zukunftsprophetien gelassen, zum letzteren liefert nur ein anaxim am Ende die Feder geführt zu haben, der die Beteiligung von „mindestens 25,000 Arbeitern“ in Berlin - wo 1903 über 210,000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sind - als einen großen Erfolg anzuweisen und der den Einwand der Gegner, daß die Arbeiter keine großen Gewinne erzielt hätten, widerlegt, da sie an den Verhältnissen der schändlichen Bevölkerung schlechter müße - eine sehr richtige Auffassung - mit dem höchsten Argument „widerlegte“, daß doch auch auf dem 4000 Wörtern großen Mittelteil des Genossen Ebdardt in Romoeben regelmäßig der 1. Mai nur ein schlechtes Gelingen gefolgt wäre. Weiter sind aber - höher, um großen Widerspruch zu erregen, noch nicht alle Mitglieder sozialdemokratischer Parteien. Das die Genossen sich für den Parteitag bereit wußten, interessiert, muß auch der Parteivorstand bestimmt feststellen; von der Proleten, die die Verhandlungen über den Parteitag enthält, seien „bisher nur 20,000“ erschienen worden, das „nur“ ist in der Tat recht interessant. Die schon in großer Anzahl für den Mannheimer Parteitag vorliegenden Vorschläge, welche eine innigere organisierte Verbindung zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften verlangen, scheinen wenig Aussicht auf Annahme zu haben, da der Bericht in der Ueberlieferung über die Vorkantung, die der Parteivorstand dem Parteitag vorlegen wird, ein weiteres Verhandlung über diesen hatte, ist die Verbindung organische Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaftsbewegung anzustreben, ist schon bemerkt: „Wir glauben nicht, daß anders als auf dem bisherigen Wege das gewünschte Ziel erreicht werden kann.“

Bei der Uebernahme des Geschäfts über die Wahlrechtsbewegung werden sicherlich nicht weniger Genossen sehr erfreut sein über die Behauptung, daß der 21. Januar ein Zeitpunkt für die Sozialdemokratie gewesen sei und daß auch der 18. März und der 1. Mai Demonstrationstage für das allgemeine Wahlrecht gewesen seien. Die große Masse der Genossen dürfte sich diese Demonstrationstage als ein allgemeines Ziel wohl etwas unpopulärer gedacht haben - daß in einem Bericht von 40 Seiten nicht weniger als 4 Seiten dem Kapitel „Schlechte Gerichte“ gewidmet werden müssen, ist gerade auch kein Unheimliches für eine Partei der „Völkerei“. Die Wahlrechtsbewegung im Vorwärts wird sehr referierend erwähnt, da der Parteitag in Bezug das letzte Wort zu sprechen haben wird, das für die Parteileitung aber sicherlich nicht ungenützlich ausfallen wird.

Den nächsten Reichstagswahlen blüht die Parteileitung mit dem allzu großen Erwartungen entgegen: Die Genossen müssen abermal rechnen, daß die Wahlrechtsbewegung erheblich steigt und daß die sozialdemokratischen Genossen in dieser Hinsicht stimmen werden. Die Wahlrechtsbewegung, in der die Wahl Mandate zu erzwingen, fink immer mehr. Die Sozialdemokratie nimmt also als sicher an, daß die bürgerlichen Parteien solche Fehler wie die Kandidatenverpflichtung in Altona-Schleswig noch nicht die Wahl nicht mehr machen werden. Nicht gerade die Wahlrechtsbewegung ist der Parteitag, das gleichzeitig mit der Veröffentlichung des Geschäftsberichts im „Vorwärts“ einige interessante Berichte über sozialdemokratische Versammlungen veröffentlicht werden, die das Verhalten der Parteileitung in der Frage des Wahlrechts und der Wahlrechtsbewegung in einem recht eigenwilligen Licht erscheinen lassen. Am 1. März, das Haupt der ersten Seite, erklärt in einer dieser Versammlungen: „In Hamburg habe ich sehr energisch gesprochen. Die Barone lautete damals: „Wenn man nicht auf der Straße gehen will, so gehen wir von der Straße.“ Warum habe denn der Parteivorstand mit der Generalversammlung konferenz? Doch nicht um ihr zu sagen, daß niemals ein Wahlrecht zu erwarten ist, werden sollte, doch am 18. März habe man mit dem Wahlrecht nicht gedacht. Man habe also bei dem Wahlrecht nicht sächlich das Wahlrecht im Auge gehabt und man werde den Wahlrecht zur Erzeugung des Wahlrechts auch anwenden müssen, wenn man Erlöse erzielen will.“ - Der 1. März habe eine Schule der inkompetenten Richtung, seiende sich durch eine bei ihm ganz ergebende

Plan gemacht und. So viel erscheine ihm als sicher: Wenn das Wahlrecht einmal den Parteitag in Anwendung bringt und nicht wieder hinaus gedrängt, dann werden uns! Ein fürchterliches Unheil wäre die Folge und die Arbeiterbewegung würde um Jahrzehnte zurückgeworfen werden.“ - In der Generalversammlung für den 8. und 10. Oktober, Wahlrecht gefordert der Wahlrecht, die „Wahlrechtsbewegung“ hat die Parteileitung sich „auf nachsozialistischen Vorden gestellt“. In der Parteifrage sei eine Komitée der Jungen entstanden. Alle Parteigenossen seien, nur weil sie über eifrigen Ueberzeugung Ausdruck zu geben, den größten Zuhilfen ausgesetzt gewesen, wären als Revolutionen und Plamagier bezeichnet worden, die die Genossen einmal getroffen, dann heute in a u wie g e a d i g t e haben. - Wenn das Wahlrecht zum Parteitag schon so kräftige Däne aufweist, dann kann man in Weinheim eine erneute Auflage des „Zugbrunnens“ erleben.

Der Zwischenfall in Guatemala,
bei dem in Koblenz ein Deutscher erschossen wurde, wird auf diplomatischem Wege untersucht und erledigt werden. Der Getötete ist mit dem Revolver in der Hand verhaftet worden, sich seiner Festnahme durch die Polizei zu widersetzen; ob und wie weit dies den Totschlag entspricht, wird die Untersuchung ergeben.

Politisches.
- Die alljährlich während der Tage, an denen der Reichsanwalt seinen Urlaub unterbricht, wird heute oder morgen unter dem Vorhug des Fürsten v. Bismarck ein Ministerat stattfinden. Es wäre sehr angenehm, daß auf die Tagesordnung dieser Beratung die Angelegenheit des Ministers v. Bismarck gestellt wird, die Entscheidung über die Lage in den Händen des Reichers, so daß anderweitig nicht über sie beraten zu werden braucht. Etwas anderes ist es dagegen, dem „Tag“ zufolge, ob in außerordentlicher Unterabteilung der „Zoll-Kollektion“ bei der Beschlagnahme der preussischen Minister berührt wird. Der Reichsanwalt für 1904 v. Bismarck wird voraussichtlich am 1. Oktober in Berlin eintrifft und sich in den ersten Tagen des September nach Koblenz zurückgeben. Von dort geht er zu kurzen Aufgängen nach Bonn.

Parlamentarisches.
- Uba. Müller-Fuß ist öffentlich in seinem Wahlkreis erklärt haben, daß er nach Ablauf der jetzigen Wahlperiode ein Mandat nicht wieder annehmen werde; Gründe dafür hat er nicht genannt.

Religion und Sozialisten.
- Der verlorene Blick von Regensburg hat das Ansehen seiner Diözese zum Unvorteil sehr eingestrichelt.

- In Berlin begann die Hauptversammlung der Evangelisch-lutherischen Konferenz.

Arbeiterbewegung.
- Die in Königsberg zwischen den Arbeitgebern und den Delegierten der ausländischen Gewerkschaften und Spektakelarbeiter geführten Verhandlungen sind ergebnislos verlaufen. Der Ausstand dauert fort.

See- und Flotte.
- Reichsanwalt für 1904 v. Bismarck wird, dem „B. T.“ zufolge, den diesjährigen, bei Beginn stattfindenden Kaffeemanöver nicht beizuwohnen.

- Zur Jahresversammlung am 7. September werden, nach einer Mitteilung des Reichers, sämtliche Offiziere einer Division des 1. Infanterie-Regiments in Gedenken sein. Das Werk des Regimentkommandeurs löst 3000 W.

- Die „Disziplinierung“ hat auf eine Anfrage beim Generalkommando des 2. Infanterie-Regiments von Truppenübungsplatz Hammerstein die telegraphische Nachricht erwidert, daß die Mitteilung von Nichterreichung des Kommandierenden Generals v. Langenscheidt zurückzuführen ist.

- Kaiserliche Marine. „Panther“ ist am 28. August in Duxford eingetroffen und geht am 6. September von dort nach Viontal ab.

Ausland.

Kaiser Franz Josef in Böhmen.
Tischliche Witterung melden: Es sieht nunmehr fest, daß der Kaiser Franz Josef im November zu einem dreiwöchigen Aufenthalt in Prag eintrifft. Die Tischchen treffen bereits große Vorbereitungen zu seinem Empfang. Der Kaiser soll während seines Aufenthaltes den Schloßpark zu dem letzten Fleiter der neuen Eisenbahn, die von Viontal bis zum Bahnhof in Prag führt, und der neuen schloßlichen Kirche in einem Vorort von Prag legen. Auch wird er den ersten Spatenstich zu den Bauten zur Regulierung des Moldanufusses in Prag tun. Gleichzeitig bewegen sich viele andere Städte Böhmens um den Besuch des Kaisers während seines Prager Aufenthaltes.

Italiens Vorkämpfer in London.
Der Marquis di San Giuliano ist zum Vorkämpfer in London ernannt worden.

Der spanische Bergarbeiterstreik.
Die ausländischen Bergarbeiter von Santander drängen in die Stadt ein und verdrängen Ausländer. Bei einem Zusammenstoß mit der Polizei, bei welchem die ausländischen Bergarbeiter durch die Polizei ergriffen wurden, wurde ein Ausländer getötet, zwei Ausländer und ein Polizist verwundet. Die Bevölkerung ist in großer Aufregung. Es treffen Verstärkungen ein. Die in der Umgebung von Bilbao ausländischen Arbeiter haben die Vorstände der Arbeitergewerkschaften und den Reichsanwalt nach dem Ausbruch weiter fortzuführen. Einem Communiqué des spanischen Minister des Innern zufolge ist die Arbeit in der Umgebung von Bilbao unter dem Schutz von Truppen wieder aufgenommen worden. Doch ist es bei Santander auf verdrängten Gruppen zu blutigen Zusammenstößen zwischen ausländischen und spanischen Bergarbeitern, in denen viele Bergarbeiter verwundet worden sind. Die Behörden befürchten ein weiteres Anwachsen der Bewegung.

Die Störchingwahlen in Norwegen.
Bei den Wahlen zum Störching sind bisher gewählt worden: 37 regierungstreue liberale Abgeordnete, 11 Anhänger der oppositionellen Linken und 7 Sozialdemokraten. Zwei Störchingwahlen sind bereits feststehend; 68 Störchingen werden noch aus, und zwar 24 in Stadt und 44 in Landkreisen.

Die russischen Wirren.
Sympathiebekundung für Stolypin.
Die Regierungen von Deutschland, Österreich-Ungarn, Frankreich, England, Vereinigte Staaten von Amerika, Italien, Belgien und Japan haben Stolypin ihre Sympathie aus Anlaß seiner Errettung aus der Gefangenschaft und ihre Enttäuschung über den gegen ihn erfolgten Mord ausgedrückt.

Ausländische Umstände beim Attentat auf Stolypin.
Anlässlich dem Attentat auf Stolypin sind, nach der „Frankf. Ztg.“, folgende, auch von der Presse hervorgerufenen Umstände: Ein gewisser B., Antiklerikaler a. D., Mitglied des

Reaktionären Verbandes des russischen Volkes, eine Organisation des Schwaben Bundes, ließ sich kürzlich beim Bremermüller melden, um ihn vor einem Attentat zu warnen, das von aus der Provinz zugereisten Personen in die geplant werde. Er wurde nicht empfangen und äußerte gegen die Warnung nichts. Am 15. August nachließ sich der Minister, die Warnung zu verhaften, um ihn zu verhaften. Die Resultate des Verhörs sind einstuftlich unbekannt. Er stellt man mir, daß nicht nur 20 Minuten vor dem Attentat Wagen der schnellen Hilfe requiriert wurden, sondern auch die Verhaftung, als sie am Tatort erschienen, bereits bei dem bekanntem Führer des „Schwaben Bundes“, A. Z. v. Bismarck, in der Hand vorfinden. Dabrotun wohnt in einem anderenhalb Stunden Fahrt vom Tatort entfernten Orte und erweist sich bloß einer sehr beschränkten Prolet bei dem letzten seines Vertriebs. Bei solchen Umständen fällt einem natürlich die Falsche ein, daß das Wobauer Organ des „Schwaben Bundes“, „Wetter“, fundation hat ebenfalls seine bei der extremen Reden wie bei der extremen Reden so daß die Unternehmung, das Attentat wäre von rechts inszeniert, um gleichzeitig als Provokation zu wirken, nicht ohne Absichtlichkeit ist, zumal das Attentat als bloße Mordanschlag der Provinz inausgesprochen ist. Stolypin selbst wird sehr interessiert sein, der Sache auf den Grund zu gehen.

Während der ersten Bank nach dem Attentat auf den Ministerpräsidenten Stolypin wurde dem Konsul der Gattin Stolypins zwei sehr kostbare Brillantuhren gestohlen.
Das Blatt „Arana“ erzählt von einer geheimen Gesellschaft ein moribundisches Streben, in dem angelegt wird, das nunmehr Betrunkenheit, Nihilismus, Militarismus und Wahnver zum Tode verurteilt seien.

Attentat auf den russischen Konsul in Tientsin.
Der „Frankf. Ztg.“ meldet aus Tientsin: Auf den russischen Konsul Suptow wurde am Dienstag ein Attentat verübt. Der Konsul wurde schwer verwundet. Der Täter heißt Genotsh.

Die macedonischen Unruhen.
Die Worte bescheiden an ihre diplomatischen Vertreter den Botschafter, in dem sie den Botschafter des Attentats-Provokation des bulgarischen Komitès für Mordentwurf mitteilt. Die bulgarischen Truppenkontingente in den Provinzen von der Makedonien sind in kurzer Frist abgezogen bereits früher mitgeteilt worden.

Der cubanische Aufstand.
Scheitert in der Provinz Binar del Rio beträchtlich zugenommen zu haben. Er erstreckt sich auch bis auf 50 Kilometer von Santiago. Die cubanische Regierung hat eine neue Aushebung von Militärtruppen vorgenommen und in den Vereinigten Staaten eine große Anzahl Gewehre bestellt.

Moroko.
Dem „Journal“ wird gerüchelt aus Tanger gemeldet, der Sultan werde demnächst 1750 verlassen, um sich nach Rabat zu begeben. Diese Nachricht werde von der Bevölkerung günstig aufgenommen.

Halle und Umgegend.

Halle, 30. August.
Für die Fernfahrt nach und den Harz, welche am 1. und 2. September vom Deutschen Norddeutschen-Bund veranstaltet wird und die in Hannover beginnt, ist Halle als Hauptstation vorbestimmt. Die Fernfahrten werden in der Nacht zum Sonntag über den Sonntag vormittag hier eintreffen. Die Gesamtstrecke beträgt 616 1/2 Kilometer. Die Fahrt beginnt am Sonntag früh 5 Uhr in Hannover-Bunden beim Bahnhof Silberberg und führt zunächst nach Einbeck, wo die erste Spontankontrolle stattfindet. Weitere Kontrollen sind in Hohenstein, Ernst, Wernigerode, Eintracht, Göttingen. Am abendlichen Ende führen die ersten Fahrer am Sonntag vormittag 11 Uhr in Hannover am Ziele wieder eintreffen. Die Kontrolle bleibt bis zum Montag am Einbecker bestehen, da die letzten Fahrer dann erst eintreffen dürfen. Zu Ehren der Teilnehmer an der Fernfahrt findet am Sonntag abend im Kasino-Restaurant in Hannover ein Kommerz statt.

Provinzialnachrichten.

* Verurteilung. 29. Aug. [Ein abfälliges Verbrechen] wurde am dem ersten Hohenstein verurteilt. Ein Unbekannter hat dort ein Verbrechen begangen und zu verurteilt werden. Die Tat geschah in der Zeit von etwa Sonntag nachmittag bis Montag nachmittag. Der Satz in der Urteil, in dem sich die Leide eines 15jährigen Knaben befand, wurde geöffnet, die Leide herausgenommen, der Hohenstein des Satzes ist ebenfalls herausgenommen und ausgenommen. Von dem Verbrecher selbst wurde er bei vorfinden des Hohenstein verurteilt. Die Unternehmung wird eifrig betrieben. Nach dem „Abd. Cour.“ wurden aber Verhandlungen vorgenommen, die die Vermutung, daß ein Nachsatz vorliegt, bestärkt. Zwei Personen, die Arbeiter Stützer und Fischer, wurden heute morgen festgenommen. Eine der beiden war vor Jahren bei dem Verleger der „Halle“ verurteilt, ließ sich aber etwas zu schuldig kommen, weshalb er befreit wurde.

* Verurteilung. 29. Aug. [Der Mordaffäre] wird noch berichtet, daß der teilgenommene Mörder Walter ankam, er habe die Festung auf ihren Wunsch hin, mit ihm gemeinsam zu sterben, gelehrt. Der Plan sei in ihnen gereift, weil sie beide am Leben und keine Aussicht gehabt hätten, zu sterben zu können. Die ungenannten Personen, denen man den Angaben des Mörder, die Festung habe, wurde bereits ein Kind von 28 und war bereits wieder in anderen Umständen. Nach dieser Richtung hin glaubt man das Wort zu der bestellten Tat luden zu müssen. Natürlich wird es schwer sein, die Wahrheit an den Tag zu bringen, da die einzige Person, die Anklage über das Verbrechen beibringen können, alle alle Zeilen stumm ist. Die gerichtliche Untersuchung wird noch ergeben, wie weit die Aussagen des Mörder ermit zu nehmen sind.

* Verurteilung. 29. Aug. [Ein dreifacher Einbruch] wurde in verangener Nacht in dem Melandischen Juwelier- und Goldworengeschäft verurteilt. Das ganze Schaufenster wurde von dem Dieben entfernt. Es wurden Uhren und andere Goldwaren im Gesamtwert von über 2000 W. gestohlen. Angeblich ist die Polizei den Dieben bereits auf der Spur.

* Verurteilung. 29. August. [Feuer in „Reichshofe“] Die schon in einem Telegramm kurz angedeutet wurde, entstand heute mittig in der dritten Etage des Reichshofes, Reichshof, und zwar in dem nach der Criminalgasse Straße gelegenen Teile Feuer. Ueber die Entstehungsurache wird dem „Leipz. Tagbl.“ von ungewisser Seite mitgeteilt, daß man in einem Hinterlager von Holzwerkzeugen beim Anbrennen eines Schloßschloßes mit dem Holzwerkzeugen in der Nähe befindlichen Holzwerkzeugen sofort in Mitleidenschaft gezogen war, so war an ein Verbrechen des Feuers durch die Anwesenden nicht mehr zu denken. Nur schleunigst durch konnte das Leben vor Schaden bewahren. Eine Weiterentwicklung des

